

8 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Wir beginnen jetzt mit der Fragestunde. Es ist jetzt genau 13:23 Uhr und ich darf bitten die Kollegin Gemeinderätin Slama, die Frage an Frau Stadträtin Claudia Schönbacher zu stellen.

Beginn Fragestunde: 13.23 Uhr.

8.1 Frage 1: Streuner Katzen am Schloßberg (GRⁱⁿ Slama, Grüne an StRⁱⁿ Schönbacher, KFG)

GRⁱⁿ Slama:

Liebe alle, liebe Frau Stadträtin Schönbacher, es geht um die Streuner Katzen am Schloßberg. Für alle, die nicht wissen, was genau das ist, am Schloßberg gibt es seit einigen Jahren eine Gruppe wildlebender Katzen, diese werden von einer Gruppe Freiwilliger betreut. Die haben sich über den Verein Mohoga organisiert, sammeln Spenden und Futter-Spenden und kümmern sich wie gesagt ehrenamtlich um das Füttern, die Behausung und nötige Kastrationen. Meine Frage aufgrund dessen, ich habe schon gehört, sie hatten schon Berührungspunkte mit den Freiwilligen, deswegen: Wie gestaltet sich derzeit die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen, um das Wohl der wildlebenden Katzen am Schloßberg zu garantieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Am Grazer Schloßberg gibt es seit Jahren eine kleine Population wild lebender Katzen. Derzeit sind es elf Katzen, die von Freiwilligen rund um Caroline Schachner betreut werden. Mit Unterstützung des Vereines Mohoga organisieren sie sich über Spenden,

sorgen auf diese Weise schon seit Jahren für das Wohl der Katzen und kümmern sich ums Füttern, Behausungen und nötige Kastrationen.

Auf Basis dieses Motivberichtes stelle ich nun folgende Frage:

Wie gestaltet sich derzeit die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen, um das Wohl der wildlebenden Katzen am Schloßberg zu garantieren?

Stv.ⁱⁿ Schönberger:

Vielen Dank für diese Frage, liebe Gemeinderätin Slama. Weil sehr viele Bürger wissen nicht, dass recht viele Katzen am Schloßberg wohnen und dass sie wohlgenährt sind und wirklich ein schönes Zuhause haben, das gut versteckt ist, damit es auch nicht zerstört werden kann. Ich kenne Caroline Schachner schon seit 2021, weil ich Sozialsprecherin als Gemeinderätin war, da habe ich die ersten Berührungspunkte mit ihr gehabt und seitdem bin ich im regelmäßigen Austausch mit ihr und auch mit dem Verein Mohoga, weil es einfach ein wichtiges Engagement ist und es ist so schön, dass es Bürger gibt, die die Ressource Zeit haben, die ihre Zeit sehr gerne zur Verfügung stellen für die Menschen, die sie brauchen, aber auch für die Tiere und deshalb unterstütze ich das immer wieder sehr gerne. Meine Unterstützung schaut so aus, dass ich immer wieder Katzenfutter spende und dass ich auch mir angeschaut habe, wie ist das mit der Zustellung, weil mit dem Katzenfutter zu Fuß hinaufzugehen zum Schloßberg ist doch recht anstrengend. Und Caroline Schachner ist da an mich herangetreten und ich habe den Lösungsvorschlag dann auch mit ihr gemeinsam umgesetzt, dass wir eine Kiste dort aufgestellt haben, die haben wir vom Verein ERfA bauen lassen. Diese Holzkiste, die dann verschlossen ist, wo kleinere Mengen Katzenfutter auch gelagert werden können. Also unsere Zusammenarbeit gestaltet sich bestens. Ich habe auch nächste Woche das nächste Treffen mit ihr, weil wir sehr regelmäßig im Austausch sind. Genauso auch mit dem Verein Mohoga, wo ich mit einer Sachspende zu Weihnachten die Weihnachtsfeier unterstützen durfte und auch

da bin ich schon im Austausch, dass die nächste Sachspende und die nächste gemeinsame Aktivität bald stattfinden wird.

GRⁱⁿ Slama:

Danke für die gute Beantwortung. Und zwar laut dem Verein gibt es keine regelmäßige Unterstützung beziehungsweise kein fixiertes Sicherheitsnetz für den Fall, dass die Sachspenden, die übrigens für alle gerne Donnerstag bis Samstag beim Verein Mohoga abgegeben werden können, mal ausbleiben. Daher die Zusatzfrage:

Sind Sie bereit, eine solche regelmäßige Unterstützung beziehungsweise ein verbindliches Sicherheitsnetz zu schaffen? Um auch in so einem Zweifelsfall eben das Wohl der Katzen garantieren zu können.

StRⁱⁿ Schönberger:

Natürlich bin ich dazu bereit, weil ich habe ja nicht nur den Verein Mohoga besucht, sondern ja alle Vereine, die zum Wohl der Tierliebe in Graz aktiv sind. Alle möchte ich unterstützen, natürlich auch den Verein Mohoga, Caroline Schachner und ihre Freiwilligen. Bei der Gelegenheit möchte ich mich wirklich für dieses Engagement bedanken, weil es einfach nicht selbstverständlich ist, dass man so regelmäßig sich engagiert für freilebende Katzen, die zum Teil nicht wirklich zutraulich sind, sondern ja sehr scheu sind. Und sehr viele geben das ja auf. Aber da gibt es einfach diese Regelmäßigkeit und das ist wirklich sehr, sehr schön und da danke ich allen Freiwilligen wirklich sehr, sehr herzlich dafür und natürlich bin ich bereit für eine regelmäßige, gesicherte Zusammenarbeit.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Da kann ich mich auch persönlich noch anschließen, weil es gibt ja viele oft gar nicht bekannte, genannte oder gewollte Damen und Herren, die das auch zum Beispiel am Zentralfriedhof machen, weil auch dort sehr viel Streunerkatzen sind.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13:27 Uhr).

**8.2 Frage 2: Abschaffung der Präsidialabteilung im Magistrat Graz
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Pascuttini:

Der geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat, wir haben ja heute schon über die Nachbesetzung der Präsidialabteilung, zumindest über eine Übergangslösung, gesprochen, die ist uns zur Kenntnis gebracht worden und in einer solchen Phase des Interregnums, ja da gibt es dann immer Gerüchte. Da brodelt die Gerüchteküche, man hört vieles, wie es mit der Präsidialabteilung weitergehen soll. Auch in Anbetracht dessen, dass die Präsidialabteilung in den letzten Jahren eine durchaus gut dotierte Stelle gewesen ist, wie man so hört. Deswegen geht an Sie, Frau Bürgermeisterin, die Frage ganz offen, welche konkreten Pläne gibt es für die Präsidialabteilung im Magistrat Graz?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Mit dem Ausscheiden von Frau Mag. Verena Ennemoser als Leiterin der Präsidialabteilung im Magistrat Graz ergeben sich nun zahlreiche Möglichkeiten, die Zukunft der Präsidialabteilung neu zu denken. Gerüchten zufolge steht auch eine

Auflösung der Präsidialabteilung im Raum – und damit einhergehend eine Neuordnung der Machtverhältnisse im Magistrat Graz.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Welche konkreten Pläne gibt es für die Präsidialabteilung im Magistrat Graz?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke für die Frage. Sie haben es schon gesagt, Herr Gemeinderat, das ist vorhin berichtet worden, dass interimistisch Herr Mag. Schmallenberg die Leitung spätestens bis sechs Monate übernehmen wird und in der Zwischenzeit wird im Zuge der Aufgabenkritik überlegt, wie es weitergehen wird. Da sind beide Überlegungen denkbar, sei es, dass es neu ausgeschrieben wird und natürlich diese Stelle als Präsidialabteilung eigens bleibt und mit einer neuen Leiterin, einem neuen Leiter oder auch, dass es eine Strukturveränderung geben wird. Also beides ist denkbar.

Pascuttini: Auch gefragt, aus dem Bauch heraus?

Kahr:

Ich habe natürlich eine persönliche Meinung, das ist klar, aber aus dem Bauch heraus ist nie gut und das ist ja natürlich eine Entscheidung, die ich nicht allein treffe.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13:29 Uhr).

**8.3 Frage 3: Die Stadt Graz muss Klein u.- Mittelbetriebe weiter stärken. Wo bleibt der versprochene Runde Tisch?
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StR Mag. Dr. Riegler, ÖVP)**

Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, es freut mich sehr, und auch herzlich willkommen die Gäste, die Zuschauer zu Hause am Live-Stream. Meine Frage geht heute an den Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler und es geht um Wirtschaft. Es geht um unsere Wirtschaftsbetriebe, die teilweise ja nicht einmal die Corona-Pandemie völlig überstanden haben, würde ich einmal sagen. Da gibt es noch viele, die da noch daran arbeiten und dann kommt es weiter ganz dick. Sie wissen, dass Inflation, ein Krieg, also es ist wirklich sehr schwierig für Unternehmer und Unternehmerinnen, diese Zeiten hier zu durchstehen. Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS sind auch alles andere als rosig und widerspiegeln die Situation, in der wir uns befinden. Nach den Prognosen unserer Wirtschaftsforschungsinstitute soll nämlich das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ja quasi bei Null sein bzw. nur wenig über der Nulllinie liegen, soll die Industrie schrumpfen und sollen auch die Warenexporte unter den Vorjahreswert fallen. Wie gesagt, ich glaube, wir brauchen darüber nicht zu diskutieren, das sind schwierige Zeiten für unser Unternehmertum. Ich habe auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung im November einen dringlichen Antrag eingebracht und unterstützende Maßnahmen für die Grazer Wirtschaftsbetriebe gefordert. In diesem dringlichen Antrag wurden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, die Wirtschaftskammer zu einem Runden Tisch zu laden, um Möglichkeiten zu erörtern, wo die Grazer Klein- und Mittelbetriebe oder auch EPU's unterstützt werden können, wie sie unterstützt werden können. Dieser Runde Tisch, das war so die Idee, sollte öffentlich sein und auch jedem und jeder Unternehmerin offenstehen. Ich darf daran erinnern, dieser dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen. Bis jetzt ist

leider nichts passiert. Es ist vielleicht auch übertrieben zu sagen, nichts passiert. Die Stadt Graz tut sehr viel für die Unternehmerinnen und Unternehmer. Es gibt eine eigene Abteilung, die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, und die haben schon immer diverse Fördermaßnahmen aufgestellt. Im Moment wird an der Wirtschaftsstrategie 2030 gearbeitet. Hr. Dr. Riegler, ich sitze im Ausschuss mit Ihnen, großartig, was die da leisten, muss ich sagen, damit wird einiges Gutes für die Unternehmen und Unternehmer:innen getan und wir werden heute noch zwei Stücke beschließen, da geht es ebenso um die Belebung der Innenstadt durch geförderte Pop up Stores oder beispielsweise auch um Förderungen für Betriebe, die z.B. wochenlang Umsatzverluste hinnehmen müssen, weil die Stadt Graz eine Riesenbaustelle vor ihre Türen und Auslagenscheiben stellt. Wir müssen uns da noch mehr einfallen lassen, um Klein- und Mittelbetriebe weiter zu stützen. Das ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und das ist die Basis für unsere Arbeitsplätze und die haben multiple Krisen nun zu durchstehen. Deswegen braucht es den geforderten Runden Tisch. Ich hätte gerne die Wirtschaftskammer am Tisch mit der Stadt Graz, mit den zuständigen Stellen und die Unternehmer und Unternehmerinnen selbst. Deshalb stelle ich nach § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler,
welche Schritte wurden von den zuständigen Stellen der Stadt Graz während der letzten 3 Monate unternommen, um Wirtschaftskammer, Stadt Graz und interessierte Unternehmer:innen an einen Runden Tisch zu laden, damit gemeinsam Möglichkeiten erörtert werden können, wie auf die aktuell multiple Belastungslage für die Grazer Klein u.- Mittelbetriebe/EPUs jetzt zu reagieren ist?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, für Klein u.- Mittelbetriebe/EPUs, die noch nicht einmal die Folgen der Corona-Krise restlos überwunden haben, stellen Energiekrise, Inflation, steigende Zinsen und die allgemein herrschende Unsicherheit in Bezug auf die weitere Entwicklung eine große Herausforderung dar. Auch sind die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS¹ alles andere als rosig. Demnach soll das Wirtschaftswachstum 2023 nur wenig über der Null-Linie liegen, soll die Industrie schrumpfen und die Warenexporte sollen sogar unter den Vorjahreswert fallen. Insgesamt schwierige Zeiten für viele Grazer UnternehmerInnen.

Bereits in der Gemeinderatssitzung im November letzten Jahres haben wir NEOS mit einem dringlichen Antrag für unterstützende Maßnahmen für die Grazer Wirtschaftsbetriebe geworben. In diesem dringlichen Antrag wurden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, die Wirtschaftskammer zu einem Runden Tisch zu laden um Möglichkeiten zu erörtern, wie die Grazer Klein u.- Mittelbetriebe/EPUs unterstützt werden können. Der Runde Tisch sollte öffentlich sein und auch jeder/m Unternehmer:in offenstehen.

Der dringliche Antrag² wurde einstimmig angenommen.

Die Stadt Graz unterstützt ihre Wirtschaftsbetriebe schon seit geraumer Zeit durch verschiedene Fördermaßnahmen. Auch wird der Gemeinderat in der heutigen Sitzung noch über 2 Stücke aus der Wirtschafts u.- Tourismusabteilung abstimmen, wo es um die Belebung der Innenstadt durch geförderte Pop-Up-Stores und um die Förderung von Betrieben geht.

Die Klein u.- Mittelbetriebe, das eigentliche Rückgrat unserer Wirtschaft, brauchen jetzt jede mögliche Unterstützung mehr denn je. Genau deshalb braucht es auch endlich einen runden Tisch, um möglichst breitflächig über die Entlastung der Grazer Betriebe

¹ <https://wko.at/statistik/prognose/text-pdf.pdf>

² Antragspunkt 2 des dringlichen Antrag vom 17.11.2022

zu diskutieren. Denn ohne unser kleinen und mittleren Betriebe und die Einzelpersonenunternehmen kann unsere Stadt nicht gedeihen.

Deshalb stelle ich nach § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler,

welche Schritte wurden von den zuständigen Stellen der Stadt Graz während der letzten 3 Monate unternommen, um Wirtschaftskammer, Stadt Graz und interessierte UnternehmerInnen an einen Runden Tisch zu laden, damit gemeinsam Möglichkeiten erörtert werden können, wie auf die aktuell multiple Belastungslage für die Grazer Klein u.- Mittelbetriebe/EPUs jetzt zu reagieren ist?

StR Riegler:

Dankeschön, Frau Reininghaus, ich freue mich sehr, wenn ich in meiner Funktion als Wirtschafts- und Tourismusreferent da Bericht erstatten darf über sehr umfangreiche Aktivitäten in den letzten 12 bis 13 Monaten. Sie werden mich auf jeden Fall immer an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, den Kontakt zu Unternehmen nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen, gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern über deren Fortkommen und Fortentwicklung zu sprechen. Was ich jetzt vielleicht nicht 100 %ig als die zentrale Maßnahme sehe, ist jetzt den x-ten Runden Tisch zu machen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen entgangen ist, aber es hat einen Runden Tisch gegeben, darüber wurde auch mit den Medien berichtet. Das war eben ein Runder Tisch gemeinsam mit Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, worin dann auch berichtet wurde mit der Überschrift „Unternehmer und Gemeinden in großer Sorge“, in der Stadt fand jetzt der Energiegipfel statt. Ich verweise darauf und freue mich, dass der Wirtschaftsbund-Generalsekretär, der ja heute auch hier ist, Hr. Nationalratsabgeordneter Egger, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen gegeben

hat, die auf bundespolitischer Ebene erfolgt sind, um eben Maßnahmen insbesondere für Klein- und Mittelunternehmen zu setzen. Ich verweise z.B. auf die Entlastung für inländische Kleinbusse mit hohem Treibstoffaufwand, die bis 30. Juni 2023 gilt. Ich verweise auf die Liquiditätshilfe für Unternehmen durch Herabsetzung der Vorauszahlungen der ESt und der KöSt-Vorauszahlung die ebenfalls bis 30. Juni läuft. Ich möchte jetzt die wertvolle Zeit nicht zu sehr damit strapazieren, dass ich Ihnen die gesamten Maßnahmen der Bundesregierung vorlese, die insgesamt, was ich mich jetzt erinnere, im Dezember und das zweite Paket auf 28 Mrd. Euro beziffert wurden. Ich verweise darauf, dass in weiten Teilen der Medien nachlesbar ist, das tatsächlich auch die Kammern und die Industriellenvereinigung genau darauf verweisen, dass es sehr wohl sehr zufriedenstellend ist, wie die Bundesregierung reagiert hat und ich darf weiters darauf verweisen, dass wir als Stadt Graz ebenfalls Maßnahmen gesetzt haben. So hat z.B. mein Kollege Hohensinner gemeinsam mit mir abgesprochen im September, eben auch in einem Sommerinterview deponiert die Forderung, dass man die Kommunalsteuerstundungen wie damals in der Corona-Pandemie durchführen sollte und dass wir auch für Unternehmen in Schwierigkeiten auch die Gastgarten- und Reklamegebühren aussetzen könnten. Das war ein Bericht der Kleinen Zeitung vom 1. September 2022. Auch da geht es darum, dass wir wie damals in der Corona-Pandemie tatsächlich einwirken mit Maßnahmen in unserem Wirkungsbereich, um den Klein- und Mittelbetrieben zu helfen und, glauben Sie mir, da sind wir absolut einer Meinung und eines Sinnes, wenn es darum geht, den Unternehmerinnen und Unternehmern durch die Krisen zu helfen.

Reininghaus:

Ich weiß, ich sollte hier nicht viel reden, aber ich habe gewusst, Hr. Dr. Riegler, das Sie jetzt hier auflisten, was wir alles tun für unsere Unternehmer und Unternehmerinnen. Ich bleib dabei, es braucht einen Runden Tisch, es braucht jetzt nicht die Industriellenvereinigung am Tisch, ich brauche Klein- und Mittelbetriebe, die mit der Wirtschaftskammer und mit Menschen der Stadt Graz diskutieren über ihre Probleme.

Das wünsche ich mir, da bleibe ich dran und ich hoffe, dass sich das verwirklichen lässt.
Dankeschön.

StR Dr. Riegler:

Wenn das jetzt die Zusatzfrage war, dann darf ich noch darauf verweisen, dass es übrigens auch tatsächlich jetzt ein weiteres Gremium demnächst geben wird, in ein bis zwei Wochen. Der Termin ist nicht früher zustande gekommen, der betrifft die momentan medial ein wenig so angedeutet gewesene bevorstehende Insolvenzwellen, die aber eigentlich, wenn man mit Experten, wenn man mit Banken, mit Versicherungen spricht, dann doch nicht als so dramatisch angesehen wird; aber es wird in Kürze einen weiteren Runden Tisch geben, der die Lage, einen Art Wirtschaftsradar, darstellt. Abschließend vielleicht noch, weil sie Ihren Dringlichen von 2022 immer wieder ansprechen, da möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass nach den Rechtsvorschriften der Stadt da nicht ich der Adressat bin, sondern die Frau Bürgermeister, weil der damalige Dringliche, der sich danach gerichtet hat, dass alle zuständigen Stellen einen Runden Tisch einführen sollen, da wurde uns von der Magistratsdirektion, Präsidialabteilung, mitgeteilt, dass die eigentlich zuständige Stadtsenatsreferentin die Frau Bürgermeisterin wäre. Aber wir sitzen jetzt eh alle beieinander, deswegen sage ich es gleich weiter, sollte auch hier ein Runder Tisch gewünscht werden, können wir gerne gemeinsam mit der Frau Bürgermeisterin einen organisieren.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich habe zwei Anmerkungen. Einerseits so einen Runden Tisch kann man gerne in Abstimmung einmal machen, das ist überhaupt nicht das Thema. Aber eine Bitte hätte ich auch, ich bin nämlich gebeten worden, darauf aufmerksam zu machen und die Einleitung bei der Fragestunde bitte kürzer zu machen, weil sonst kommen die Kolleginnen und Kollegen nicht dran. Danke.

**8.4 Frage 4: Maßnahmen zur Bekämpfung von Angsträumen in der Landeshauptstadt
(GR Günter Wagner, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Wagner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meiner Frage geht es um die Maßnahmen zur Bekämpfung von Angsträumen. Ich glaube, wir wissen eh alle, worum es geht. Es haben viele Menschen vor allem in den Wintermonaten ein verstärktes Angstempfinden, wenn es eben früh finster wird, lange dunkel bleibt in Parks, im öffentlichen Raum, bei Fußgängerunterführungen und Parkanlagen. Wie eine Studie, die im Auftrag des Referats für Frauen und Gleichstellung der Stadt Graz gezeigt hat, dass eben alle befragten Frauen eine bessere Beleuchtung sich wünschen würden, manche sogar eine Überwachung von Brennpunktstellen. Wünschenswert wäre aber auch, dass solche Dinge und solche Wünsche leichter umsetzbar wären. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Studie, die wir Freiheitlichen im Juli 2021 in Auftrag gegeben haben. Da sind 300 Frauen befragt worden. Besonders alarmierend sei das Ergebnis um die Frage, ob man bestimmte Orte und Gegenden in Graz nicht mehr aufsucht. Die Problematik ist aber nicht nur uns aufgefallen, sondern zumindest scheinbar auch der Stadtkoalition und deswegen, wenn man in das Regierungsprogramm hineinblickt, sieht man eben den Titel „Zusammenhalt und Sicherheit“ und darin kommt vor bessere Beleuchtung von Angsträumen. Inwieweit die Maßnahmen bereits umgesetzt sind bzw. welche Mittel für die Entschärfung von Angsträumen vorgesehen sind, möchte ich eben erfragen. Mit folgender

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher zur Bekämpfung von Angsträumen im Grazer Stadtgebiet gesetzt und welche finanziellen Mittel wurden dafür bereits eingesetzt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Besonders in den Wintermonaten, wenn es früh dunkel wird und auch lange bleibt, kommt es bei vielen Menschen zu einem verstärkten Angstepfinden beim Aufenthalt im öffentlichen Raum. Öffentliche Plätze, Fußgängerunterführungen oder Parkanlagen werden oftmals zu wahrhaftigen „Angsträumen“, deren Durchquerung einiges an Mut erfordert.

Eine Studie des Institutes für praxisorientierte Genderforschung im Auftrag des Referates für Frauen & Gleichstellung der Stadt Graz hat gezeigt, dass sich alle befragten Frauen eine bessere Beleuchtung, manche sogar eine Überwachung an Brennpunktstellen der Landeshauptstadt wie Parks, Unterführungen oder uneinsichtigen Stellen wünschen. Zudem betonten die Befragten, dass es wünschenswert wäre, wenn Anliegen bezüglich Beleuchtungen zum Beispiel vor ihren Häusern leichter durchsetzbar wären, denn der Weg über den Bezirksrat sei oftmals leider nicht erfolgreich.³

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam eine von den Grazer Freiheitlichen in Auftrag gegebene Studie des Meinungsforschungsinstitutes „bmm“ im Juli 2021. Interviews mit 300 Befragten zeigten deutlich, dass sich das Sicherheitsempfinden besonders in den Nachtstunden massiv verschlechtert. In einem Medienbericht zur Studie heißt es: „Während sich nur acht Prozent der Befragten am Tag im öffentlichen Raum weniger oder gar nicht sicher fühlen, zeige sich in der Nacht ein ganz anderes Bild. ‚Vor allem Frauen fühlen sich mehrheitlich weniger bis gar nicht sicher‘, teilt die Partei mit. Besonders alarmierend sei das Ergebnis der Frage, ob man bestimmte Orte und

³ (Quelle:

http://www.peripherie.ac.at/lccms/downloadarchive/00127/SicherheitimoeffentlichenRaum_Endbericht.pdf)

Gegenden in Graz nicht mehr aufsucht. „Hier gab insgesamt jeder Zweite und sogar zwei Drittel der Frauen an, dass sie bereits bewusst Bereiche im öffentlichen Raum aus Sicherheitsgründen meiden.“⁴

Dass diese Problematik nicht nur durch die Freiheitlichen thematisiert wird, sondern ihre Wichtigkeit auch seitens der Stadtkoalition – zumindest scheinbar – erkannt wurde, zeigt ein Blick in das aktuelle Regierungsprogramm. So wird dort unter dem Titel „Zusammenhalt und Sicherheit“ als Maßnahme die „bessere Beleuchtung von Angsträumen im öffentlichen Raum“ angeführt.⁵ Inwieweit diese Maßnahme bereits umgesetzt wurde bzw. welche Mittel für die Entschärfung von Angsträumen vorgesehen sind, entzieht sich jedoch der Kenntnis des Anfragestellers.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher zur Bekämpfung von Angsträumen im Grazer Stadtgebiet gesetzt und welche finanziellen Mittel wurden dafür bereits eingesetzt?

⁴ (Quelle: <https://www.5min.at/202108416701/umfrage-zeigt-jede-zweite-frau-fuehlt-sich-in-graz-nicht-mehr-sicher/>)

⁵ (Quelle: Regierungsprogramm „Gemeinsam für ein neues Graz“, Seite 17)

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke für die Frage, das ist ein wirklich wichtiges Thema, nicht umsonst ist es in unserem Koalitionsübereinkommen, und hat mich auch schon in meiner Zeit als zuständige Stadtsenatsreferentin für Frauen, jetzt bei der Frau Bürgermeisterin, als Thema beschäftigt. Ich habe damals auch Veranstaltungen gemacht zu diesem Thema. Habe mit Streetworkerinnen und Streetworker geredet, mit Mafalda und Jam, die z.B. im Gries angesiedelt sind und mit vielen jungen Mädchen, die oft Angst haben zur Dämmerung oder zu Nachtzeiten. Eines möchte ich aber auch vorweg sagen, dass der größte Angstraum für Frauen noch immer die eigenen vier Wände sind. Denn die meiste Gewalt und die Morde passieren leider zu Hause. Dort, wo sich Frauen eigentlich sicher fühlen, ist es am schwierigsten und am schlimmsten und da sehen wir noch immer kein Ende dieser Entwicklung. Es ist wichtig, dass Männer darüber reden, danke, dass Sie als Mann eine solche Frage stellen. Ich kann nur sagen, wir haben in Graz auch das Gewaltschutzzentrum, das haben wir diese Woche erst besucht mit der Frau Ministerin Zadic und haben genau über diese Themen geredet, aber auch das Frauenhaus; wir haben für die Täter, eben 90 % sind noch immer Männer, den Verein Neustart, die Männerberatung und was tun wir in der Stadt? Das, was Sie ansprechen, beschäftigt mich schon lange. Wir haben tatsächlich, in Graz wurde leider in den letzten Jahren zu wenig in die Beleuchtung investiert. Da gibt es große Versäumnisse und einen riesigen Investitionsrückstau, den wir sukzessive versuchen aufzuholen. Bis jetzt haben wir 30 % der städtischen Leuchtpunkte auf LED umgerüstet, also ein besseres hochwertigeres Licht, das weniger fehleranfällig ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, es gibt mittlerweile auf der App „Schau auf Graz“ die Möglichkeit, wenn man sieht, dass wo eine Straßenlampe oder eine Parkbeleuchtung kaputt ist oder flackert, dass man das dort anmeldet. Sie alle kennen wahrscheinlich die App und das wird dann ziemlich schnell auch in Angriff genommen und ausgebessert. Ich habe auch eine Broschüre, Stadt der Frauen, rausgegeben im Zuge der Veranstaltung im HDA, wo es eben auch um die Gestaltung des öffentlichen Raumes geht und um die Parkanlagen. Das ist mittlerweile State of the Art, dass man seit den frühen 2000ern, da ist ja unser Herr Abteilungsleiter für Grünraum, dass man darauf schaut, dass man

gerade in Parks solche Räume vermeidet auch in der Planung. Das wurde auch bei den neuen Parks, die jetzt Reininghaus, um es zu nennen oder auch der Harnoncourt-Park, der jetzt umgestaltet wird, da wird darauf geachtet, dass solche Nischen und kleine Ecken, dort wo es irgendwie zu dicht ist oder wo es Wegeführungen gibt, wo man sich unsicher ist, dass das vermieden wird. Es wird sozusagen in der Park- und öffentlichen Raum-Planung miteinbezogen, aber wie gesagt, es ist auch eine Frage des Budgets, wie schnell wir sind bei der Umstellung der Laternen und Lampen und wie schnell wir da weiterkommen, aber es ist eingeplant sozusagen, die Sicherheitsfrage ist nicht nur eine der Beleuchtung.

Günter Wagner:

Vieles ist richtig, was Sie gesagt haben, auf jeden Fall. Die Frage natürlich war aber dezidiert nach der Beleuchtung und nach dem, was in den letzten 1 ½ Jahren passiert ist. Die haben Sie jetzt noch nicht konkret beantworten können. Heißt das, es ist in den letzten Jahren nichts passiert?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Das heißt das natürlich nicht, sondern es werden sukzessive die Beleuchtungskörper umgestellt auf moderne Leuchtmittel, wie gesagt die LED Lampen, ich kann es Ihnen jetzt nicht aufzählen, da müssten wir im Straßenamt nachfragen, wie viele das jetzt im letzten Jahr waren. Das passiert aber laufend. Es passiert deswegen laufend, weil wir es uns nicht leisten können, dass wir sämtliche Lampen sofort austauschen, sondern die, die funktionieren, die funktionieren und man natürlich, und ich bin da im Austausch auch mit der Polizei, z.B. im Volksgarten wissen wir, dass es der Wunsch ist der ansässigen Polizei, dort etwas anzubringen, eine bessere Beleuchtung, dass wir uns das immer wieder ansehen und nachbessern, ich kann jetzt aber keine Zahl nennen.

**8.5 Frage 5: Aktueller Stand zum Projekt Unterführung Josef-Huber-Gasse
(GR Ing. Lohr an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Die Unterführung Josef-Huber-Gasse ist Teil des Rahmenplans Reininghaus und stellt damit eine wesentliche Infrastruktur dar, um das Baufeld Reininghaus in dieser Dimension zu ermöglichen.

Ende letzten Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht das Verkehrsprojekt mit Auflagen genehmigt. Laut Medienberichten wollen Sie – trotz aufrechter Gemeinderatsbeschlüsse – die Unterführung nicht errichten und kündigten ein verkehrstechnisches Gutachten an. Da die Besiedelung in Reininghaus voranschreitet, wird eine bessere Anbindung des Grazer Westens für die Verkehrsteilnehmer immer dringlicher. Es droht auch in diesem Bereich eine Verkehrsüberlastung. Daher ist die aktuelle Position der Stadt, wie wir mit den Mobilitätsbedürfnissen der Bewohner und den zukünftig Zuziehenden im Stadtteil Reininghaus umgehen, von großem Interesse. Es ergeht an Sie, daher nachstehende

Frage:

Mit welchen Maßnahmen werden Sie das fehlende Unterführungsprojekt Josef-Huber-Gasse kompensieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreter!

Die Unterführung Josef-Huber-Gasse ist Teil des Rahmenplans Reininghaus und stellt damit eine wesentliche Infrastruktur dar, um das Baufeld Reininghaus in dieser Dimension zu ermöglichen.

Ende letzten Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht das Verkehrsprojekt mit Auflagen genehmigt. Laut Medienberichten wollen Sie – trotz aufrechter Gemeinderatsbeschlüsse – die Unterführung nicht errichten und kündigten ein verkehrstechnisches Gutachten an. Da die Besiedelung in Reininghaus voranschreitet, wird eine bessere Anbindung des Grazer Westens für die Verkehrsteilnehmer immer dringlicher. Es droht auch in diesem Bereich eine Verkehrsüberlastung. Daher ist die aktuelle Position der Stadt, wie mit den Mobilitätsbedürfnissen der Bewohner und den zukünftig Zuziehenden im Stadtteil Reininghaus umgegangen wird, von großem Interesse.

Es ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Mit welchen Maßnahmen werden Sie das fehlende Unterführungsprojekt Josef-Huber-Gasse kompensieren?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Vielleicht vorweg, es ist kein Geheimnis, dass für die Koalition, die Koalitionspartner:innen das nicht das Lieblingsprojekt ist der Josef-Huber-Tunnel und wir natürlich aufgrund der erforderlichen Aufschließungserfordernisse schauen, dass es andere Möglichkeiten gibt. Weil der Josef Huber Tunnel ist eine der Möglichkeiten, die Verkehrserschließung des Gebietes rund um Reininghaus zu gewährleisten. Ich möchte eines vorweg sagen, Reininghaus ist als Stadt der kurzen Wege geplant. Alles, was dort passiert, basiert auf der aktiven Mobilität und auf dem öffentlichen Verkehr. Das heißt, wir haben ein sehr gut ausgeprägtes Radwegenetz, wir haben dort viele Gehsteige, wir haben eine Esplanade, die fast wie eine Fußgängerzone ist, wir haben den Park in der Mitte. Wir haben viele Gehwege, die zu Fuß, die 15 Minuten, dort ist es

weit unter 15 Minuten, quasi Quartiersstadt ermöglichen. Wir haben die Straßenbahn, die dorthin führt und es wurde auch von Anfang an, was die Stellplätze angeht, eine Reduzierung verordnet, auch in Bebauungsplänen. Dafür wurden Mobilitätskonzepte erarbeitet mit den Bauträgern, damit es andere Formen unter der Annahme des zur Verfügung stehenden Angebots gibt und Sammelgaragen gebaut bei den Häusern, die dort errichtet wurden. Das alles kennen wir und ich hoffe, das schätzen wir auch, weil eine klimagerechte Stadt, die sozusagen so schön mit einer Lebensqualität ausgestattet ist, wo dort der öffentliche Raum natürlich auch davon lebt, dass es eine aktivere Mobilitätsmöglichkeit gibt und nicht so viel IV. Wir wissen, dass wir uns trotzdem anschauen müssen in Bezug auf die Verkehrserschließung der Zukunft, dass wir möglicherweise andere Formen brauchen, möchte aber nicht vergessen zu sagen, dass wir zusätzlich zur Straßenbahn, zu den Buslinien 65 und 66 auch den südwestlichen Teil einmal der Linie 8 festgelegt haben, die ja auch dorthin führen soll, dass die GKB-Strecke, das haben wir im letzten Jahr beschlossen, im Zusammenhang mit der Elektrifizierung und der Zweigleisigkeit hier Unterführungen bietet, das heißt, auch das ermöglicht dort ein besseres Hinkommen bzw. Vorbeikommen. Es werden dort vier Nahverkehrsknoten in der Umgebung errichtet. Wir haben, wie gesagt, ein umfassendes Parkraummanagement dort, wir haben die Bebauungspläne im Zusammenhang mit den Bebauungsplänen Mobilitätsmaßnahmen, das reicht von Öffi-Jahreskarten für die Bewohner:innen über Car-Sharing, über Fahrradserviceschränke usw. Wir haben zwei multimodale Knoten mit Car-Sharing und Lastenradangeboten. Wir haben das umliegende Straßennetz verbessert in der Alten Poststraße und Wetzelsdorfer Straße und wir haben jetzt ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben, das uns die Aufschließungserfordernis-Möglichkeiten, die es sonst noch gibt, ausweisen wird, um weiterhin die Lebensqualität, die jetzt sozusagen vorzufinden ist, zu gewährleisten (*App!*).

Lohr:

Danke einmal zuerst für die Beantwortung. Mit der Antwort fürs Angebot des Individualverkehrs bin ich natürlich nicht ganz zufrieden. Ich freue mich schon, wenn wir dann das Verkehrsgutachten dann einmal alle erfahren und uns vorgelegt wird. Widerstände gegen ihre Verkehrspolitik gibt es ja nicht nur in Reininghaus, sondern auch in anderen Stadtteilen. Ich führe jetzt z.B. wieder die Zinzendorfsgasse an, wird ja auch heute Thema, Entfall der Parkplätze, Anrainer, Geschäftstreibende mobilisieren immer mehr, der Widerstand wird größer und ich frage mich, ob das bei Ihnen ein Umdenken auslöst. Werden Sie die Verkehrspolitik mit Ihrem Schwerpunkt der Behinderung des Individualverkehrs überdenken?

Schwentner:

Zuerst eines, mir ist noch kein einziger Widerstand in Reininghaus bekannt. Das Verkehrskonzept und die gesamte Planung dort stammt eigentlich aus der Vorgängerregierung, also Schwarz-Blau. Ich begrüße aber vieles, was dort passiert ist an Maßnahmen für die aktive Mobilität, an Fahrradwegen, an Fußwegen, an Straßenbahnausbau und meine verkehrspolitische Linie ist dem Klimaschutz gewidmet und den zukünftigen Generationen und das sind wir der Zukunft der Stadt schuldig, alles zu tun, um den Platz so zu verteilen, dass Fahrradfahrende genauso viel Platz vorfinden wie Zu-Fuß-Gehende, wie Autofahrer:innen und wie der öffentliche Verkehr. Und genau diese Austarierung aller Verkehrsteilarten, das ist das Verkehrskonzept der Zukunft und dem werden auch die zukünftigen Mobilitätskonzepte gewidmet sein und wir haben genügend Verkehrsexpert:innen bei uns in der Verkehrsabteilung, die genau da sukzessive an diesen Konzepten arbeiten.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte nur anmerken, dass ein Einzelner kaum etwas tun kann. Die Beschlüsse werden mehrheitlich gefällt und wir haben sogar einstimmig die Klimaziele erst vor kurzem beschlossen. Da war ja ein wesentlicher Schwerpunkt der Ausbau der sanften Mobilität, öffentlicher Verkehr, Radwege und Fußgänger Verkehr. Insofern haben wir eine Einstimmigkeit. Das sage ich nur, damit nicht ein falscher Eindruck nach Außen entsteht.

8.6 Frage 6: Ehrengrab am Schloßberg

(GRⁱⁿ Dipl.-Museol. (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Mag. Dr. Riegler, ÖVP)

Braunersreuther:

Liebe Kolleginnen, liebe zahlreiche Zuschauerinnen und sehr geehrte Stadtregierung, vor allen Dingen sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Ich habe in der Gemeinderatssitzung vom 9. Juli 2020 einen Antrag gestellt, der unter anderem beinhaltet hat, dass das Ehrengrab von Rudolf Hans Bartsch entweder umgebettet oder zumindest mit einer Hinweistafel kontextualisiert werden soll. Rudolf Hans Bartsch war ein früherer Unterstützer nationalistischer Strömungen und Verfasser von sehr fragwürdigen heimatromantischen Schriften sowie auch Kriegspropaganda. Und deswegen wird er von der HistorikerInnenkommission in der Liste der bedenklichen Personen für die Benennung von Straßen und Plätzen geführt. Die Abdeckung des Ehrengrabes, das eben in die Kasemattenmauer am Schloßberg eingelassen ist, „ziert“ ein Gedicht von J.F. Perkonig, der wie Bartsch Mitglied der Reichsschriftstellerkommission war und ebenfalls glühender Nationalist. In der Beantwortung des Antrags von damals wurde die Umbettung klar abgelehnt. Es wurde jedoch versprochen, dass bei der Grabstätte eine Zusatzbeschilderung mit eindeutiger Erläuterung angebracht werden soll. Das war eben im September 2020. Seither ist sehr viel Zeit vergangen. Eine Zusatztafel gibt es dort bis heute nicht.

Deswegen stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die bereits 2020 versprochene Kontextualisierungstafel zum Ehrengrab von Rudolf Hans Bartsch beim Ägyptischen Tor an der Stallbastei baldmöglichst angebracht wird?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

In der Gemeinderatssitzung am 9. Juli 2020 stellte ich den Antrag, dass das Ehrengrab von Rudolf Hans Bartsch umgebettet oder zumindest mit einer Hinweistafel kontextualisiert werden soll. Denn Bartsch ist als früherer Unterstützer nationalistischer Strömungen und Verfasser von fragwürdig heimatromantischen Schriften sowie Kriegspropaganda von der HistorikerInnenkommission in der Liste der bedenklichen Personen für die Benennung von Straßen und Plätzen geführt. Die Abdeckung seines Ehrengrabes „ziert“ ein Gedicht von J.F. Perkonig, der wie Bartsch Mitglied der RSK war und ebenfalls glühender Nationalist.

In der Beantwortung des Antrags wurde die Umbettung abgelehnt. Es wurde jedoch versprochen, dass bei der Grabstätte eine Zusatzbeschilderung mit eindeutiger Erläuterung angebracht werden soll. Dies ist leider bis zum heutigen Tage nicht geschehen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die bereits 2020 versprochene Kontextualisierungstafel zum Ehrengrab von Rudolf Hans Bartsch beim sog. Ägyptischen Tor an den Stallbastei baldmöglichst angebracht wird?

StR Riegler:

Danke für die Frage und ich kann es relativ kurz machen, manche Dinge sind nicht so einfach wie sie scheinen. Sowohl dieses Rudolf-Hans Bartsch-Nische als auch die Köpfer-Kontextualisierung, die sich ja unweit davon befindet, stehen immer unter dem Gesichtspunkte erstens einmal des Naturschutzes und zweitens des Denkmalschutzes. So einfach ist es leider nicht, dass man eine Tafel direkt auf die Mauer der Stallbastei anbringt. Wir haben da schon einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet, der wurde auch schon der Bau- und Anlagenbehörde zugeleitet und der wurde abgelehnt. Derzeit ist in Prüfung eine neue Variante, allerdings haben wir jetzt auch abgewartet die Neubesetzung des Naturschutzbeauftragten. Mit ihm werden wir dann demnächst auch weitere Gespräche führen, damit wir bald einmal die Kontextualisierungen herbeiführen können.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Herzlichen Dank. Dass man an die Mauer direkt nichts anbringen darf, das, glaube ich, war von vornherein klar, aber ein gemauerter bzw. gepflasterter Boden steht in der Regel ja auch nicht unter Naturschutz und es gibt eine Zusatzfrage. Beim Wiederlesen dieser Beantwortung ist mir aufgefallen, dass, was einen Ausnahmefall darstellt, die Beantwortung meines Antrages damals nicht, wie sonst üblich, vom zuständigen Amt, also vom Kulturamt, vorgenommen wurde, dem ja auch die Liste der belastenden Straßennamen vorliegt bzw. dass da hier in Auftrag gegeben hat, sondern vom ehemaligen Direktor des Graz Museums, Otto Hochreiter, der in seiner Antwort Rudolf Hans Bartsch nicht, eben wie diese Historiker:innen-Kommission, als schwer

bedenklich, nämlich als früher Nationalist, der schon eben in den 1920iger Jahren Kriegspropaganda verfasst hat, dargestellt hat, sondern als einfaches Mitglied der RSK eigentlich verharmlost hat. Wie ist es dazu gekommen, dass die Beantwortung eben nicht durch die Fachleute im Amt, sondern durch einen Museumsdirektor, der sich offensichtlich nicht mit diesen Ergebnissen auseinandergesetzt hat, vorgenommen wurde?

StR Dr. Riegler:

Ich möchte hier mit aller Schärfe zurückweisen die hier von Ihnen insinuierte indirekte Vorwurfsgestaltung gegenüber dem ehemaligen Direktor des Graz Museums. Ich kann es Ihnen jetzt augenblicklich nicht sagen, warum vom Kulturamt, dem städtischen Kulturamt jemand, der aber immerhin Historiker ist und Leiter des Graz Museums zu diesem Zeitpunkt war, beauftragt war. Ich kann nur sagen, dass Otto Hochreiter bei vielen Kontextualisierungstafeln beratend mitgewirkt hat und natürlich ist es immer eine Beantwortung des Kulturamtes. Möchte das aber in aller Schärfe zurückweisen, dass hier auch nur eine Nähe hergestellt wird zu irgendeiner bedenklichen Haltung.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.58 Uhr).

8.7 Frage 7: Barrierefreie Teilhabe an der Gemeinderatssitzung (GRⁱⁿ Derler, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Derler:

Herzlich willkommen. Ich möchte ganz besonders Frau Mag. Pibernik begrüßen, die eins zu eins meine Frage in Gebärdendolmetsch übertragen wird, danke für dein Kommen (*Appl.*).

Ein wenig muss ich schmunzeln - ich habe mich hier heruntergequält, danke für das Verständnis, heute werde ich ein wenig brauchen (*trägt eine Fußschiene und richtet sich die Bandage*) - dass ich auch über die barrierefreie Teilnahme an der Gemeinderatssitzung berichten darf.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, in der GR-Sitzung vom 24.03.2022 stellte meine Clubkollegin, GRⁱⁿ Conny Leban-Ibrakovic, den Antrag, den Gemeinderatssitzungssaal im Sinne der Inklusion für Menschen ohne Gehör barrierefrei zu gestalten.

Daraufhin wurde mit einer Zwischenerledigung vom 5.7.2022 im Wesentlichen mitgeteilt, dass verschiedene Stellen des Hauses Graz sowie auch externe Stellen an der Lösung arbeiten.

Im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Lösungen stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgende

Frage:

Wann können Menschen ohne Gehör bzw. mit starker Hörbeeinträchtigung mit einer barrierefreien Teilhabe an der Gemeinderatssitzung – Gebärdendolmetsch oder zeitverzögerte Untertitelung der Live-Übertragung mittels einer Spracherkennungssoftware rechnen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der GR-Sitzung vom 24.03.2022 stellte meine Clubkollegin, GRⁱⁿ Conny Leban-Ibrakovic, MBA, den Antrag, den Gemeinderatssitzungssaal im Sinne der Inklusion für Menschen ohne Gehör barrierefrei zu gestalten.

Daraufhin wurde mit einer Zwischenerledigung vom 5.7.2022 im Wesentlichen mitgeteilt, dass verschiedene Stellen des Hauses Graz sowie auch externe Stellen an der Lösung arbeiten.

Im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Lösung stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgende

Frage:

Wann können Menschen ohne Gehör bzw. mit starker Hörbeeinträchtigung mit einer barrierefreien Teilhabe an der Gemeinderatssitzung – Gebärdendolmetsch oder zeitverzögerte Untertitelung der Live-Übertragung mittels einer Spracherkennungssoftware rechnen?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Liebe Frau Gemeinderätin Derler, liebe Frau Pibernik, danke, dass Sie heute auch dabei sind. Das freut mich, weil ich finde das ist immer gut, wenn man das direkt sieht und ein Vorstellungsvermögen dafür bekommt, wie es Menschen, die gehörlos sind, geht und vor allem, was sie brauchen. Im Übrigen möchte ich das einfach auch nutzen, um zu sagen, weil sich die Frau Gemeinderätin entschuldigt hat für das langsame Runter-Gehen, weil sie einfach weh hat. Wir sind keine Roboter, Gott sei Dank, jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin sind Menschen und wir können alle krank werden und deswegen möchte ich das einfach nur noch einmal betonen, wenn wir diese Rücksicht nicht für einander haben, dann hört sich eigentlich eh alles auf und damit komme ich auch schon zur Beantwortung Ihrer Frage. Die mich sehr freut, weil sie wichtig ist und Sie im Motivenbericht natürlich auch alles richtig genauso angeführt haben und genauso, wie ich es damals auch gesagt habe, meine beiden Abteilungen, das Präsidialamt und die Kommunikationsabteilung, dankenswerter Weise genau an so einer Lösung gearbeitet haben und ich eigentlich, ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, dass Sie heute diese Frage stellen und wir auch heute bei dieser Gemeinderatssitzung das erste Mal ein System ausprobieren, das genau das verwirklichen soll, dass zukünftig gehörlose und hörbeeinträchtigte Bürgerinnen und Bürger die Gemeinderatssitzungen mitverfolgen können. Wir haben davon Abstand genommen,

Gebärdendolmetscher:innen direkt hier bei den Gemeinderatssitzungen zu bitten, dabei zu sein, aus einem einfachen Grund, weil das einfach den Kostenrahmen sprengen würde. Nicht, dass wir das den Betroffenen nicht gönnen würden, aber pro Sitzung ist errechnet worden, würde das an die 10.000 Euro pro Gemeinderatssitzung kosten. Deshalb haben wir davon Abstand genommen und haben versucht, eine technische Gesamtlösung eben zu erarbeiten, die heute in Probe ist und dafür möchte ich auch dem Herrn Bojo ganz herzlich danken. Diese technische Gesamtlösung beinhaltet dann das Streaming, die Schnittmarken, die Untertitel und das Wortprotokoll als Gesamtes. Das halten wir für vernünftig und notwendig und dieses leistungsfähige System, wie gesagt, wird heute nicht nur ausgetestet, sondern soll, wenn es in den kommenden Tagen und Wochen bewertet und ausgewertet wird, im April, in der April-Gemeinderatssitzung dann das erste Mal auch sozusagen eingesetzt werden, sodass dann spätestens alle Gehörlosen und hörbeeinträchtigten Bürger:innen unserer Stadt Graz unsere Gemeinderatssitzungen mit einer Verzögerung von ca. 10 Min. verfolgen können. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei meinen Abteilungen bedanken (*Appl*).

Derler:

Danke für die Antwort. Gut, erfreulich. Eine kleine Zusatzfrage, liebe Frau Bürgermeisterin, sind Sie auch bereit, bei zukünftigen Veranstaltungen der Stadt Graz ebenso auch ein Gebärdendolmetsch herbeizuziehen?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Wenn wir eine technische Gesamtlösung haben, macht es ja Sinn, weil dann ist, und ich bin jetzt keine Technikerin, das sage ich jetzt aus dem Bauch heraus, so wie es heute Herr Pascuttini gefordert hat, dann wäre es möglich, im Gemeinderatssaal alle Veranstaltungen genau für gehörlose Menschen auch zugänglich zu machen und insofern wäre das damit garantiert (*Appl*).

**8.8 Frage 8: Öffnung von Schulfreiräumen und Schulsportflächen außerhalb der Schulzeiten
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen, anwesend und im Live-Stream.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, Freiräume – Spielplätze, Parkanlagen und Sportflächen - sind essentielle Flächen für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen. Das wurde gerade durch die Pandemie besonders bewusst in den vergangenen Jahren; unter dem Eindruck dieser Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde am 18. Juni 2020 von der geschätzten Gemeinderätin Elke Heinrichs ein dringlicher Antrag zum Thema der Öffnung der Schulsportflächen während der Sommerferien eingebracht, in dem auch die Klärung von Haftungsfragen und die Entwicklung eines organisatorischen Konzepts angeregt wurde.

Die Pandemie ist nun nicht mehr der direkte Anlass zu solchen Überlegungen, aber die Frage, ob und in welcher Form die Ressource, die knappen Ressource der öffentlichen Schulsportflächen als wertvoller Beitrag zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten genutzt werden kann, besteht weiterhin und ist hochaktuell.

Dies zeigen unterschiedliche Beispiele für Initiativen international im europäischen Raum, aber auch in Österreich, wie z.B. die Öffnung der Schulsportplätze auf der Dianawiese im Augarten in Wien seit 2016 durch den Verein Parksportkultur oder in Wiener Neustadt, wo seit einigen Jahren gute Erfahrung mit der Öffnung eines Sportplatzes für die Bevölkerung gemacht wurde und die Befragung von Bürger:innen zusätzlichen Bedarf ergeben hat. Mittlerweile wurden zwei weitere Sportplätze für die außerschulische Nutzung geöffnet.

Auch in Graz besteht Bedarf und auch Interesse nach einer solchen Öffnung. In einigen Bezirken sind kürzlich Anträge des Bezirksrates dazu eingebracht worden. Daher darf ich an Sie als zuständigen Stadtrat für Bildung und für Jugend und Familie folgende

Frage

stellen:

Welche Aktivitäten wurden und werden von Ihnen gesetzt, um Schulsportstätten außerhalb der Schulzeiten (Wochenenden, Feiertage, Ferien) und auch abseits der organisierten Ferienangebote für Kinder und Jugendliche, die im Umfeld der jeweiligen Schulen wohnen, zu öffnen?

Originaltext der Frage:

Freiräume – Spielplätze, Parkanlagen und Sportflächen - sind essentiell für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen. Das wurde gerade durch die Pandemie in den vergangenen Jahren besonders deutlich. Unter dem Eindruck der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde am 18. Juni 2020 von Gemeinderätin Elke Heinrichs ein Dringlicher Antrag zum Thema der Öffnung von Schulsportflächen während der Sommerferien eingebracht, in dem auch die Klärung von Haftungsfragen und die Entwicklung eines organisatorischen Konzepts angeregt wurde.

Die Pandemie ist nun nicht mehr der direkte Anlass zu solchen Überlegungen, aber die Frage, ob und in welcher Form die Ressource der öffentlichen Schulsportflächen als wertvoller Beitrag zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten genutzt werden kann, ist weiterhin hoch aktuell.

Dies zeigen unterschiedliche Beispiele für Initiativen in verschiedenen europäischen Ländern, aber auch in Österreich wie die Öffnung der Schulsportplätze auf der Dianawiese im Augarten in Wien seit 2016 durch den Verein Parksportkultur oder in Wiener Neustadt, wo seit einigen Jahren gute Erfahrung mit der Öffnung eines Sportplatzes für die Bevölkerung gemacht wurde und die Befragung von Bürger:innen zusätzlichen Bedarf ergeben hat. Mittlerweile wurden zwei weitere Sportplätze für die außerschulische Nutzung geöffnet.

Auch in Graz besteht Bedarf und auch Interesse nach einer solchen Öffnung. In einigen Bezirken sind kürzlich Anträge des Bezirksrates dazu eingebracht worden. Daher darf ich an Sie als zuständigen Stadtrat für Bildung und für Jugend und Familie folgende

Frage

stellen:

Welche Aktivitäten wurden und werden von Ihnen gesetzt, um Schulsportstätten außerhalb der Schulzeiten (Wochenenden, Feiertage, Ferien) und auch abseits der organisierten Ferienangebote für Kinder und Jugendliche, die im Umfeld der jeweiligen Schulen wohnen, zu öffnen?

Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ich möchte Ihnen gerne meine Haltung zur Öffnung von Schulsportanlagen mitteilen. Diese Haltung habe ich eigentlich fast jährlich grünen Gemeinderät:innen mitgeteilt. Ja, ich bin für die Öffnung von Schulsportanlagen überall dort, wo es möglich ist und ja, ich bin auch für die ständige Prüfung, wo wir noch Öffnungen durchführen können. Wir öffnen z.B. im Sommer ca. die Hälfte der Schulanlagen. Kommenden Sommer sind es 17 Schulen. In einigen Schulen geht es einfach nicht, weil schlichtweg die Wiese wieder anwachsen muss und soll. Ich glaube, da haben Sie als grüne Politikerin sehr großes Verständnis dafür. Viele der anderen Schulen sind jetzt nicht zugesperrt, sondern sie sind auch für andere Projekte offen, wie z.B. für die Sommerbetreuung, die Sommerschule oder für Integrationsprojekte wie GraGustl. Dieses Projekt ist uns ja allen bekannt. Der Robert Krotzer ist derzeit für dieses Projekt zuständig. Sie sehen, wir sind sehr bemüht. Wir sind auch bemüht, alle anderen Sportanlagen zu öffnen, über das Sportamt haben wir ca. 40 Sportanlagen, die den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen, aber ich möchte eines ansprechen: Nachdem jährlich die Frage von den Grünen kommt und immer so ein wenig suggeriert wird, die ÖVP will die Schulhöfe nicht öffnen, was schlichtweg falsch

ist, mache ich Ihnen ein Angebot, setzen wir eine Gruppe zusammen aus den Abteilungen Grünraum, Baudirektion, Sportamt, Finanzdirektion und ABI und prüfen wir wo wir noch Öffnungen durchführen können. Weil jetzt für die meisten Ämter Ihre Chefin, die Vizebürgermeisterin, zuständig ist, werde ich zuallererst das Gespräch mit ihr suchen und wenn wir dann einige Schulen gefunden haben, die wir öffnen können, würde ich auch gerne die finanzielle Unterstützung der Regierung haben, dies durchzuführen. Danke.

Würz-Stalder:

Danke vielmals für diese sehr zukunftssträchtige Antwort. Vielleicht noch ein Zusatzfrage vielleicht hinsichtlich Ihrer Beantwortung damals: Sie haben gemeint, Sie werden auch über die Bildungsdirektion anfragen, wie weit z.B. auch eine Öffnung von Bundesschulen möglich sein kann. Was wissen Sie dazu?

Hohensinner:

Im Speziellen hat sich mein Sportamtsleiter bemüht in Andritz, Grenze Geidorf, beim Korösi eine Öffnung zu erwirken, aber da gibt es mit Nachbarschaftsrechten, weil die Nachbarschaft war vor dem Sportplatz an dem Ort, das ist schwierig, wir sind da dahinter und jede Schule, die hier geöffnet wird, ist ein Gewinn für die Stadt Graz und für die Jugend und ich kann Ihnen berichten, wir waren sehr stark dran, was Andritz, was Korösi betrifft.

**8.9 Frage 9: Bürgerbeteiligung Zinzendorfgasse
(GR Mag. Winter, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeister. Wir alle wissen, die Zinzendorfsgasse wird umgebaut. Es stehen große bauliche Veränderungen im Raum und diese Veränderungen werden mit Sicherheit auch große Einschnitte, große Veränderungen sowohl für die Bewohner wie auch für die Gewerbetreibenden in der Zinzendorfsgasse darstellen. Ja, es hat einen Bürgerbeteiligungsprozess gegeben, in dem teilweise die Bürger auch ihre Sorgen, ihre Ängste, ihre Bedenken preisgeben konnten und diese in weiterer Folge hätten berücksichtigt werden sollen. Angeblich war dieser Beteiligungsprozess ein vorbildlicher Beteiligungsprozess. Fakt ist, viele Bedürfnisse, viele Anregungen der Bürger sind bis zum heutigen Tag nicht berücksichtigt worden und daher auch die konkrete

Frage:

Welche konkreten Einwendungen, Wünsche und Anregungen der Anrainer wurden in deren Sinne, wie im Motiventext dargestellt, umgesetzt und in den Planungen berücksichtigt?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin!

In und rund um die Zinzendorfsgasse stehen den Bewohnern teils massive Veränderungen ins Haus. Auf Grund der Baustelle des Graz Center of Physics wird es vermehrt zu enormen Belastungen kommen. Die geplante Maßnahme in der Zinzendorfsgasse ist auch ein großer Einschnitt in das tägliche Leben der Anrainer, die ihrerseits bemängeln, dass ihre Einwendungen schlichtweg nicht gehört oder überhört wurden.

Sollte die Bebauung, wie laut Bebauungsplan 03.25.0 dargestellt, umgesetzt werden, spitzt sich auch die Lage im öffentlichen (Park-)Raum weiter zu. Nicht jeder wird Platz in der möglichen Tiefgarage finden bzw. sich diesen leisten können.

Die Bedenken der Bewohner, die in einem Bürgerbeteiligungsprozess Stellenwert besitzen sollen, wurden umfangreich geäußert und entsprechend deponiert. Zu diesen Bedenken zählen unter anderem auch die Auswirkungen durch den Wegfall der Parkplätze oder auch der Anstieg der Lautstärke durch Gastgärten bzw. konsumfreien Aufenthaltsmöglichkeiten.

Auch wenn der Beteiligungsprozess laut Ihren Angaben vorbildhaft funktioniert haben soll, werfen Ihnen Anrainer vor, in ihren Wünschen und Bedürfnissen nicht gehört zu werden. Viele Anrainer teilen mit, dass sie seit vielen Jahren im Bereich rund um die Zinzendorfsgasse wohnen und auf ihr Auto angewiesen sind. Anrainer befürchten auch eine Entwertung ihrer Liegenschaft.

Bei diesen Reaktionen stellt sich die Frage, inwieweit die Bedürfnisse der Bewohner tatsächlich Gehör gefunden haben.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche konkreten Einwendungen, Wünsche und Anregungen der Anrainer wurden in deren Sinne, wie im Motiventext dargestellt, umgesetzt und in den Planungen berücksichtigt?

Bgm.ⁱⁿ Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Gerne beantworte ich diese Frage, aber muss doch die Kirche im Dorf lassen. Es ist die Zinzendorfsgasse. Es ist eine Gasse und es sind keine riesenbaulichen Veränderungen, sondern wir haben das ja gemeinsam, so glaube ich, im letzten Gemeinderat beschlossen. Das ist jetzt einmal eine temporäre Veränderung, nämlich auf Basis

dessen, was uns von den Anrainer:innen und den Gewerbetreibenden vor Ort mitgegeben wurde. Uns heißt in dem Fall dem Stadtlabor. Das war der Auftragnehmer für die Stadt Graz und das angeblich Vorbildliche finde ich nicht nur angeblich vorbildlich, sondern das war wirklich ein vorbildlicher Bürger:innenbeteiligungsprozess, weil wir nämlich seit Juni 2022 in 12 Veranstaltungen vor Ort und in quasi Online-Möglichkeiten noch extra dazu. Die Möglichkeiten waren, sich beteiligungsmäßig zu beteiligen und Wünsche, Anregungen, aber auch Kritik und auch Ängste dort einzugeben. Es hat noch eine Extra-Veranstaltung gegeben mit Kindern. Es war in der Zinzendorfsgasse beim Zinzengrinsen im letzten Jahr schon ein Auftakt, wo auch Wünsche aufgenommen wurden. Es hat dann im Prozess eine große Auftaktveranstaltung gegeben. Ich denke, es waren 100 Leute auf der Uni und als Abschlussveranstaltung auch noch einmal 100 Leute, also es war ein sehr transparenter Prozess, wie gesagt, vom Stadtlabor geleitet. Es waren unterschiedliche, vielfältige Bedürfnisse, weil Ihre Frage ja dahingegangen ist, nämlich von mehr Sicherheit für Fußgänger:innen zur Beibehaltung der Ladezonen, über Sorgen um Ruhestörungen bis zu konkreten Gestaltungsideen, nämlich auch von Kindern. Begrünung, Beschattung, Wasserelemente, das Mikroklima war natürlich ein Thema. Es hat auch Drohnenbefliegungen gegeben, um zu zeigen oder zu schauen, wo sind die Hitzeinseln und wir wissen alle, wer die Zinzendorfsgasse im Sommer kennt, dass es eine extreme Hitzebildung ist und dass das einer der Straßenzüge ist, die nicht nur stark frequentiert sind von Anrainerinnen, sondern auch von Studierenden und das ist sicher eine Straße, die bald gekühlt werden muss, weil man das in Zukunft noch schlechter aushalten wird im Sommer und da natürlich zu Gunsten der Anrainer:innen, die im Sommer da sind, weil die Studierenden sind da eh eher weg. Insgesamt waren es 258 Beiträge, bei Mehrfachnennungen, wenn man die mitnimmt, waren es ungefähr 500 Beiträge, die eingegangen sind. Die sind dann nach drei Kategorien bewertet worden oder eingeteilt worden: in Verkehr, nicht verkehrliche Nutzung und die Gestaltung und dann war es wieder in Themen unterteilt. In MIV, ruhenden Verkehr, sanfte Mobilität, Aufenthaltsmobilität, Infrastruktur, Begrünung, Bodengestaltung, Gestaltung der Gasse, Integration von Wasser, Ruhestörung, Verschmutzungsthemen,

Sport und Spiel, temporäre Nutzung und Beteiligung. Am öftesten genannt, das sind 26 Nennungen, das war der Wunsch nach Bäumen und Begrünung in der Zinzendorfsgasse, gefolgt von der autofreien Zinzendorfsgasse, von mehr konsumfreien Aufenthaltsorten und für mehr Farbe in der Gasse. Dann war ein sehr oft genanntes Thema die Integration von Wasser, was jetzt in der Umsetzungsstufe eins, die wir ja beschlossen haben, auch aus budgetären Maßnahmen leider nicht möglich ist, weil wir keinen Brunnen errichten können, weil wir keine Baumaßnahmen in diesem Sinn machen. Es war natürlich auch das Thema ruhender Verkehr, also Parken, ein Thema. Sie wissen, das habe ich schon beim letzten Mal ausgeführt, es hat eine Verkehrserhebung parallel dazu gegeben und es ist gewährleistet, dass alle im Umkreis, nämlich in ihrem Parkquartier, auch Parkplätze vorfinden werden. Das ist gesichert und gewährleistet, die gibt es. Es war das Thema Verschmutzung, Ruhestörung; es werden jetzt im Zuge der Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen im Haus Graz natürlich auch die jeweils Zuständigen miteingebunden, damit auf das eingegangen wird und es natürlich nicht passiert, dass es verschmutzt wird und zu viel Unruhe passiert. Wir haben bei der letzten Veranstaltung eine Abstimmung gehabt im riesigen Hörsaal, und über 90 % der Anwesenden haben eine hohe Zustimmung zu unseren Vorhaben, oder zu den Vorhaben, die dann über die Verkehrsabteilung und über die Stadtplanung sozusagen gestaltet wurden, erfolgt. Wir werden uns weiterhin den Themen widmen, wir wollen natürlich, wir nehmen die Anrainer:innen extrem ernst, also, wenn die sagen es wird viel Ruhestörung geben, es wird verschmutzt sein usw., auf das wird eingegangen werden. Der Start beginnt ja mit dem Zinzengrinsen im Juni und dann erfolgt eine Evaluierung. Das heißt, wir sind flexibel in den Maßnahmen und wir können einiges zurücknehmen bzw. umgestalten, das ist ja auch in der Stockergasse passiert, wenn Sie sich erinnern, dort ist dann ein Boller aufgestellt worden, weil die Autos trotzdem noch durch die Stockergasse gefahren sind und auch dort können wir dann Maßnahmen adäquat sozusagen flexibel vornehmen.

Winter:

Zusatzfrage, nach unserem Erkenntnisstand ist es sehr wohl so, dass gewisse Einwendungen, gewisse Bürgeranliegen ernster genommen worden sind als andere. Wir hören vielfach, dass der Wegfall von Parkplätzen, so wie es jetzt geplant ist, nicht zufriedenstellend ist für viele Anrainer und wir hören auch, dass die Wünsche bzw. die Sorgen hinsichtlich Lärmbelästigung ebenfalls nicht wirklich ernst genommen werden. In unseren Augen ist es sehr wohl so, dass hier bis zu einem gewissen Grad eine subjektive Gewichtung von Einwendungen, von Wünschen der Bürger durchgeführt wurde und daher die konkrete Zusatzfrage: Ist dieses subjektive, dieses willkürliche Gewichten von gewissen Anliegen der Bürger jetzt der neue Stil der Stadtregierung, der versprochen wurde?

Schwentner:

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das ist eine Unterstellung an die Professionalität des Stadtlabors, das unter hoher Bürgerbeteiligung einen Prozess vollzogen hat dort, völlig unabhängig von uns. Die haben mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Kindern und den Gewerbetreibenden vor Ort geredet. Das ist eine Unterstellung an die Professionalität unserer Verkehrsabteilung und Stadtplanung und Abteilung für Grünraum, die alle gemeinsam den öffentlichen Raum gestalten und sich sehr, sehr viele Gedanken gemacht haben darüber, ob das eben dem entspricht, was die Bürger und Bürgerinnen vor Ort sich wünschen oder nicht. Wir haben auch festgestellt, dass bei den Veranstaltungen einige wenige Stimmen sehr laut waren, die große Mehrheit aber uns zugestimmt hat in den Entscheidungen, die wir getroffen haben. Es ist noch immer der Fall. Ich höre jetzt von Leuten, die extrem zufrieden sind, von Anrainer:innen, die in der Zinzendorfgasse wohnen, dass sie sich freuen auf diese Maßnahmen. Von der Katholischen Hochschulgemeinde, dass sie sich freuen darauf, von Unternehmer:innen, wie dem Herrn Moshhammer, mit dem ich erst vorgestern telefoniert habe, und anderen, dass sie sich freuen auf die Maßnahmen vor Ort. Ich kann das absolut nicht nachvollziehen, dass von einigen wenigen, die teilweise gar

nicht in der Zinzendorfgasse wohnen, so in den umliegenden Straßen, dermaßen Wirbel gemacht wird. Ich würde die Kirche im Dorf lassen wollen und jetzt einmal die Maßnahmen setzen und wir evaluieren, wir schauen, wie das vor Ort läuft. Dieses Projekt ist ja schon vor unserer Zeit ewiglang diskutiert worden und auch versprochen worden vielen Leuten dort und ich finde, es war wirklich vorbildlich, wie das abgelaufen ist und ich freue mich auf dieses Projekt (*Appl.*).

**8.10 Frage 10: Abwasser-Monitoring – Drogen
(GRⁱⁿ CO Gmeinbauer, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

Gmeinbauer:

Danke, Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lieber Herr Stadtrat Krotzer, erst kürzlich sind Informationen unseres Suchtkoordinators der Stadt Graz, nämlich Dr. Ulf Zeder, bekannt geworden, wonach das Abwassermonitoring den Drogenstand verdoppelt erkennbar gemacht hat, zum Vergleich vor Corona Zeiten. Vor allem zeigt dieses Abwassermonitoring, dass vor allem Kokain, Cannabis und Crystal Meth hier die häufigst konsumierten Drogen sind. Daher stelle ich die

Frage:

Welche Maßnahmen und Initiativen zur Prävention wirst du nach Bekanntwerden dieses Berichts, und ich hoffe, er ist dir bekannt, aus dem Abwasser-Monitoring, dass immer mehr Menschen in Graz zu harten Drogen greifen, vor allem zu Kokain, Cannabis und Crystal Meth, tun bzw. ob du dahingehend schon etwas eingeleitet hast?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Informationen des Suchtkoordinators der Stadt Graz, Herr Dr. Ulf Zeder, über den Drogenkonsum in Graz bieten Anlass zu Sorge. So zeige das Abwasser-Monitoring der Landeshauptstadt, dass immer mehr Menschen in Graz zu harten Drogen greifen. Vor allem Kokain, Cannabis und Crystal Meth seien hier die am häufigsten konsumierten Drogen.

Daher stelle ich an Sie, Herr Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer, folgende

Frage:

„Welche Maßnahmen und Initiativen zur Prävention haben Sie nach Bekanntwerden des Berichts aus dem Abwasser-Monitoring, dass immer mehr Menschen in Graz zu harten Drogen greifen, vor allem zu Kokain, Cannabis und Crystal Meth, eingeleitet, die Sie auch in den nächsten Wochen der Öffentlichkeit vorstellen werden?“

StR. Mag. **Krotzer:**

Liebe Frau Klubobfrau, liebe Dani, danke für die Frage. Es geht sich doch noch aus, wir haben es noch schön layoutiert, damit ich sie dir schriftlich geben kann, aber so ist es ja noch besser. Kurz vorweggesagt, die Berichte sind zwei unterschiedliche. Das, worauf Ulf Zeder, unser Grazer Suchtkoordinator, angesprochen worden ist vom ORF, war ein Bericht vom Bundeskriminalamt, der das sozusagen österreichweit festgestellt hat und Ulf Zeder hat in seiner Beantwortung auch auf das Drogenmonitoring der Stadt Graz, das wir seit 2019 jährlich durchführen durch die Universität Innsbruck, wir sind da in einem Gesamtverband mit vielen anderen Städten und Gemeinden Österreichs, und er hat sozusagen schon vorgegriffen auf die aktuellen Zahlen. Das Wichtigste an diesen Zahlen ist die Zusammenfassung vom Prof. Oberacher von der Uni Innsbruck, Institut für gerichtliche Medizin, der Folgendes feststellt. Die Konsummengen von Cannabis, Nikotin, Amphetamin, Methamphetamin und

Methadon scheinen sich aber gleich zur letzten Serie kaum verändert zu haben. Das einmal der grundsätzliche Befund. Insgesamt, was machen wir oder was macht der Herr Dr. Oberacher bei diesem Befund? Es geht darum, dass eben bei Kläranlagen die Abwässer untersucht werden auf Drogen bzw. Stoffwechselprodukte und jetzt muss man sagen, das ist ein Monitoringverfahren, das hilft, gewisse Dinge festzustellen, das hat natürlich gewisse Unschärfen, weil wir das ja nicht in wöchentlichen Proben machen, sondern mit mehreren Entnahmen im Jahr. Das ergibt Unschärfen wie z.B. Events, die stattfinden, oder momentane Angebotssituation, plus ist es auch so, dass nicht nur die Abwässer von Graz, sondern auch von Hart, Hitzendorf, Kainbach, Raaba, Grambach, Stattegg, Thal und Weinnitzen dort mitangeführt sind. Ich glaube jetzt zwar auch nicht, das sind die ganzen Hot-Spots, aber sozusagen wir nehmen die auch mit dazu, und was sozusagen den österreichweiten Vergleich betrifft, muss man sagen, es ist Innsbruck dabei, Salzburg und Klagenfurt. Leider nicht dabei sind Wien und Linz, die für uns natürlich noch interessante Vergleichswerte wären. Ganz kurz festgestellt, Nr. 1 ist und bleibt der Alkohol, gefolgt von Nikotin und Cannabis. Wenn man aber dann zu den sogenannten harten Drogen kommen, dann haben wir hier auch sozusagen von den internationalen Vergleichswerten können wir feststellen, dass wir unter sehr vielen anderen Städten, ich habe es dann in der Beantwortung genau, ob das Schweiz ist oder Kroatien, dann sind wir sehr deutlich darunter. Aber um tatsächlich zur Frage zu kommen, darf ich noch kurz verweisen auf das hier auch einstimmig 2020 beschlossene Papier „Suchtpräventionsstrategie“, die ja damals auch federführend mit dem Magistratsdirektor und den Abteilungen Sozialamt, Sportamt, Amt für Jugend und Familie, Gesundheitsamt und Abteilung für Bildung und Integration erstellt worden ist. Wir stellen fest, Suchtprävention und Suchthilfe ist natürlich eine Querschnittsmaterie, die alle unsere städtischen Abteilungen betrifft. Ich bin fest davon überzeugt, dass Suchtprävention und Suchthilfe auch verbunden ist mit entsprechender Sozial- und Jugendpolitik und entsprechenden Angeboten, wo wir auch darauf schauen, was sind Lebenssituationen, die dazu führen, dass Menschen in einer Situation sind, dass sie sinnesverändernde Drogen nehmen müssen und umso besser natürlich die Lebenssituation ist, umso seltener die Wahrscheinlichkeit, dass

Menschen zu diesen substanzveränderten Mitteln greifen und ja, wir sind dabei, natürlich viele Dinge auszubauen. Caritas Kontaktladen, der seit vielen Jahren hier tätig ist. Interdisziplinärer Kontakt und Anlaufstelle IKA, das ist ein ganz wichtiger Punkt das Projekt „Grauzone“ mit dem Schlupfhaus und der Kinder- und Jugendpsychiatrie als niederschwellige Anlaufstelle und seit letztem Jahr im August auch das Projekt Tripp talks bzw. Drug checking, mit dem wir auch vor besonders gefährlichen Substanzen warnen können.

Gmeinbauer:

Jetzt haben wir sehr lang und ausführlich erklärt bekommen, woher die Unschärfen kommen, dass mögliche Veranstaltungen mitschuld sind und auch das Umland seinen Beitrag zu diesen Messungen anscheinend mitträgt, aber dennoch auch, wenn du ausführst, welche Initiativen Präventionsmaßnahmen auffangen, glaube ich das und diese Messungen schon auch vor Augen führen, dass die Zunahme da ist. Und deine Institutionen sind die jetzt aufgestockt worden vom Personal her, damit man da entgegenhält und mehr tun kann oder mehr Angebot anbieten kann oder ist der Stand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den genannten Initiativen von dir derselbe wie vor Corona? Wir wissen ja auch, dass nicht nur der jetzt von dir angesprochene Alkohol, oder in meinem Fall angesprochen, Drogen, sondern auch psychische Krankheiten im Vormarsch sind. Das führt ja auch zum Drogenkonsum, muss man ja auch sagen. Das heißt, die Querschnittsmaterie, die du ansprichst, gehört verbessert und aufgefangen und wenn ich das Eck hier am Hauptplatz anspreche, wo wir jeden Tag sehen, dass Präventionsmaßnahmen angeboten werden, aber keine Verbesserung eintritt, stelle ich noch einmal die Frage, wo siehst du Potential, es zu verbessern? Damit es auch wahrnehmbar ist.

Krotzer:

Ganz konkret gesprochen, Personal ist aufgestockt worden beispielsweise auch beim Caritas Kontaktladen, eben auch mit dem zusätzlichen neuen Angebot Drug Checking, das wir ja mit dem Land Steiermark und dem Gesundheitsfonds mit August 2022 eingerichtet haben. Ein Angebot, das sehr stark angenommen wird und das auch eben eine sehr wichtige Komponente beinhaltet, dass Konsumentinnen und Konsumenten dann auch Beratungsgespräche sozusagen in Anspruch nehmen können, das ist ein ganz wesentlicher Punkt; gleichzeitig, schon erwähnt, das Projekt Grauzone, im Schlupfhaus angegliedert, eben als niederschwellige Anlaufstelle für Kinder und insbesondere Jugendliche, die eben auch in schwierigen persönlichen Situationen sind. Insgesamt, richtigerweise angesprochen, all das hat mit einer großen Schwierigkeit auch der sozusagen psychosozialen Situation von vielen Menschen unserer Stadt zu tun. Wir laden diesbezüglich in zwei Wochen erneut zum Runden Tisch Psychosoziale Versorgung, wo wir auch wieder heuer den Schwerpunkt auf seelische Gesundheit legen wollen, wo ja auch viele Angebote und Einrichtungen aus diesem Bereich dabei sind. Wir werden das natürlich weiter verständlich bearbeiten dieses Thema und freuen uns hier auf breite Zusammenarbeit.

Ende Fragestunde: 14.30 Uhr